

Jens Becker / Harald Jentsch

„Es darf nie wieder zu einem 1933 kommen!“

Das gewerkschaftspolitische Selbstverständnis Otto Brenners in der Bundesrepublik Deutschland

„Als sich im Jahre 1945 die wenigen Gewerkschafter, die *manchmal nur durch Zufall* (handschriftliche Einfügung, die Verf.) das „Dritte Reich“ und seinen Untergang überlebt hatten, in den Trümmern ihrer Städte wieder zusammenfanden, waren sie alle darüber einig: „Es darf nie wieder zu einem 1933 kommen!“¹ Gerade die jungen Menschen sollten diesen Schwur bekräftigen durch das Gelöbnis, dass wir bereit sind, unsere aus den Trümmern des Dritten Reiches neuerstandene Demokratie gegen alle ihre Feinde von rechts und links mit aller Entschiedenheit zu verteidigen.“²

Fünfzehn Jahre nach Kriegsende erinnerte der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, auf einem Bezirksjugendtreffen an das Trauma der deutschen Arbeiterbewegung von 1933: ihre kampflöse Niederlage, Verbot und Verfolgung, kumulierender Terror und schließlich weltweiter Krieg und Vernichtung, entfesselt durch die deutsche Militärmaschinerie.

Einige Wochen zuvor ermahnte Brenner das Auditorium der Hildesheimer Volkshochschule: „Kenntnis der Geschichte, vor allem unserer eigenen, ist das A und O jeder demokratischen Erziehung und Bewusstseinsbildung.“³ Es sei eine Schande, dass noch immer viele Verbrechen der NS-Zeit nicht aufgeklärt oder angezeigt worden seien, dass von „einer Bereinigung dieser dunkelsten Punkte unserer Vergangenheit“ nicht gesprochen werden könne.⁴ Noch pointierter wies ein Jahr zuvor der Frankfurter Sozialphilosoph Theodor W. Adorno, der 1949 aus den USA nach Deutschland remigrierte, auf einige Schattenseiten der deutschen Nachkriegsgesellschaft hin:

„Der Nationalsozialismus lebt nach, und bis heute wissen wir nicht, ob bloß als Gespenst dessen, was so monströs war, dass es am eigenen Tode noch nicht starb oder ob es gar nicht

- 1 Referat Otto Brenners auf dem IGM Bezirksjugendtreffen in Bonn, 29. Mai 1960, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung (AdsD), 5/IGMA45072138, NL Brenner, Mai-Juni 1960.
- 2 Ebd. Von der Bedeutung der handschriftlichen Einfügung für Brenner zeugt unter anderem, dass er auch in seinem Vortrag zur Eröffnung der Ausstellung „Deutsche gegen Hitler“ in Stockholm am 4. Februar 1966 darauf zu sprechen kam: „Ich habe oft gesagt: Es ist reiner Zufall, wer von denjenigen, die aktiven Widerstand gegen die Nazibewegung geleistet haben, überlebt hat und wer nicht.“ Dabei verwies er – entgegen der vorherrschenden Meinung, die in den Männern des 20. Juli die Verkörperung des deutschen Widerstandes sah – energisch auf den von den Arbeiterorganisationen getragenen „primären Widerstand“ als der „Grundlage aller weiteren Widerstandsbewegungen“. S. Otto Brenner: Deutscher Widerstand, in: ders.: Gewerkschaftliche Dynamik in unserer Zeit, Frankfurt 1966, S. 75.
- 3 Otto Brenner, Demokratie und Diktatur in ihrer Auswirkung auf Arbeitnehmer und Gewerkschafter, in: ders.: Gewerkschaftliche Dynamik, S. 44.
- 4 Ebd., S. 43.

erst zum Tode kam; ob die Bereitschaft zum Unsäglichen fortwest in den Menschen wie in den Verhältnissen, die sie umklammern.“ Eine verbreitete Schlussstrichmentalität habe sich breit gemacht, welche die nationalsozialistische Vergangenheit „aus der Erinnerung wegwischen“ wolle.⁵

Was war geschehen? Befand sich die Bundesrepublik Deutschland nicht in einer Prosperitäts- und Konsolidierungsphase? Zog nicht auch die erfolgreiche Modernisierungs- und „Westernisierungs“-Welle, die Staat und Gesellschaft und die sie tragenden Institutionen und Organisationen erfasste, viele Repräsentanten der Arbeiterbewegung in ihren Bann?⁶ Galten nicht der Adenauer-Staat, repräsentative Demokratie und soziale Marktwirtschaft, als Erfolgsmodell angesichts des bisherigen desaströsen deutschen Sonderweges?⁷

Anders als viele Remigranten der Arbeiterbewegung – zu nennen wären unter anderen Spitzenpolitiker wie Willy Brandt oder Gewerkschafter wie DGB-Chef Ludwig Rosenberg oder der zeitweilige Brenner-Förderer und einflussreiche Chefredakteur der Zeitschrift „Metall“, Kuno Brandel – kam Brenner zu differenzierteren Urteilen. Während viele Westernisierer den Übergang zum demokratischen Konsenskapitalismus US-amerikanischer Prägung als logische Folge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ansahen,⁸ beurteilte Brenner sowohl die sozialökonomische als auch die geistig-kulturelle Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland nach historisch-kritischen und gegenwartsbezogenen Kriterien. Dabei spielen insbesondere seine beinahe existenziellen Erfahrungen im Nationalsozialismus und im Zweiten Weltkrieg eine entscheidende Rolle. Am 8. November 1907 in Hannover in bescheidenen Verhältnissen geboren, waren seine Positionen zutiefst von den Erfahrungen des 1. Weltkrieges, der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus geprägt. Der langjährige IG Metall-Vorsitzende gilt daher als einer der zentralen „Brückenbauer“ zwi-

5 Theodor W. Adorno: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?, in: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 10, Frankfurt a. M. 1997, S. 555.

6 Zum Begriff der Modernisierung vgl. Paul Nolte: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert, München 2000; zum Westernisierungsbegriff vgl. Anselm Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

7 Hans-Peter Schwarz: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart 1981.

8 Zum Selbstverständnis der Westernisierer und zur detaillierten Auseinandersetzung mit den politischen und historischen Hintergründen vgl. Julia Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, München 2003. Darin behandelt die Autorin auch den „Zehnerkreis“, jene Gruppe aus Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, die sich zu Beginn der fünfziger Jahre eine Modernisierung der Gewerkschaften zum Ziel gesetzt hatte. Zu dessen Mitgliedern gehörten auch Brandel und Brenner. Anfangs latent, später manifest wurden unterschiedliche normative Werthaltungen und politische Zielsetzungen, die zu grundlegenden Konflikten insbesondere zwischen Brandel und Brenner, etwa bei der Wiederbewaffnung, avancierten. Hier spielen unterschiedliche Deutungsmuster und Erfahrungen eine Rolle, die mit der Migration (Brandel) bzw. dem Verbleib im NS-Staat (Brenner) zusammenhängen dürften. Angster geht auf diesen Konflikt ein, ergreift aber tendenziell Partei für den Westernisierungsprozess, den sie als realpolitisch alternativlos ansieht. Dabei unterscheidet sie zwischen Reformern und Reformgegnern, ohne die jeweiligen Inhalte einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Vgl. ebd., S. 379–414, insbesondere S. 413. Vgl. dazu auch kritisch Werner Thönnessen: Mein Tor zur Welt. Ein Lebensweg als Gewerkschafter und Intellektueller, Hamburg 2005, S. 160 f., FN 73.

schen Tradition und Zukunftsperspektivik, die sich in seiner Person vereinigte.⁹ Sein politisches Selbstverständnis soll vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen eingehender untersucht werden. Dabei geht es auch um die Frage, wie er die Weimarer- und die nationalsozialistische Vergangenheit verarbeitet hat, welche Handlungsmaximen sich daraus für ihn abgeleitet haben.

Entwicklung bis 1945

Ein kurzer biographischer Abriss vermag zu untermauern, wie intensiv sich Brenner in der Arbeiterbewegung der zwanziger und dreißiger Jahre bewegte und sich für sie engagierte, wodurch seine politische Sozialisation durch die Hannoveraner Arbeitermilieus sichtbar werden dürfte.

Otto Brenner, der nach Abschluss der Volksschule zunächst in verschiedenen Betrieben als Hilfsarbeiter tätig war und später den Beruf eines Elektromonteurs erlernte, war bereits sehr frühzeitig politisch aktiv:¹⁰ 1920, als 13jähriger, wurde er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), dessen Hannoverscher Bezirksverband ihn 1928 zu seinem Vorsitzenden wählte. Seine Mitgliedschaft in der SPD, im Deutschen Metallarbeiterverband (DMV) und im Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bund (DAAB) sowie enge Kontakte zum Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) kennzeichnen sein enormes Engagement in der Hannoverschen Arbeiterbewegung. Von 1926 bis 1932 arbeitete er bei der Firma Hanomag, wo er zunächst zum Vertrauensmann und schließlich zum Abteilungsbetriebsrat avancierte. Brenners Parteiaustritt hing im Wesentlichen mit dem Panzerkreuzerbau zusammen, den die SPD-geführte Reichsregierung 1930 beschloss. Damit widersprach sie in Brenners Augen nicht nur ihrem zentralen Wahlkampfversprechen „Für Kinderspeisung, gegen Panzerkreuzer!“, sondern auch ihren antimilitaristischen Grundüberzeugungen. Der 1931 erfolgte Eintritt in die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) war nur konsequent, weil sich in ihr die linkssozialistischen Überzeugungen vieler enttäuschter Sozialdemokraten bündeln ließen, die von der „Politik des kleineren Übels“, so wie sie die Partei auf Reichsebene betrieb, die Nase voll hatten.¹¹

9 Helga Grebing: Gewerkschaften: Bewegung oder Dienstleistungsorganisation 1955 bis 1965, in: Hans O. Hemmer und Thomas Schmitz (Hg.): Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, S. 168.

10 Zu den biographischen Eckdaten siehe u. a.: Gerhard Beier/Otto Brenner, in: Edmund Jacoby (Hg.): Lexikon linker Leitfiguren, Frankfurt a. M. 1988, S. 67–69; Anja Orczykowski: Otto Brenner. Rebell und Reformier. Versuch einer Biographie des legendären Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall. Wissenschaftliche Hausarbeit für das 1. Staatsexamen in Germanistik und Politische Wissenschaften an der Universität Hannover 1987 (unveröffentlicht), S. 31–60; Rainer Kalbitz: Die Ära Otto Brenner in der IG Metall, Frankfurt a. M. 2001, S. 9–23; Helga Grebing (Hg.): Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945–1949, Stuttgart 1983, S. 315–317.

11 Zu Gründung und politischen Ambitionen der SAPD siehe: Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim/Glan 1965, Neuaufgabe Hannover 1983.

Ab 1932 leitete der mittlerweile arbeitslos gewordene Brenner den etwa 200 Mitglieder zählenden Bezirk Hannover-Braunschweig der SAPD. Er war einer der 60 Delegierten, die am 11./12. März 1933 am letzten, bereits illegalen Parteitag in Dresden teilnahmen. Eine Mehrzahl der Delegierten, darunter Brenner, widersetzte sich dem Auflösungsbeschluss ihres Vorstandes, weil sie die bestehenden, kleinen Verbände für besonders geeignet hielten, den antifaschistischen Widerstandskampf zu organisieren. Kurze Zeit später begann Brenner, die illegale Arbeit der SAPD in seinem Bezirk zu organisieren.¹² Um einen Überblick über den SAPD-Widerstand zu bekommen, unternahm er im Juli/August 1933 „eine umfangreiche Informations- und Verbindungsfahrt durch verschiedene deutsche Städte“¹³ Einen Tag nach der Rückkehr von seiner dreiwöchigen „Ostseefahrt“ wurde er am 30. August 1933 in Hannover verhaftet und in das dortige Polizeigefängnis eingeliefert.¹⁴ Kurz nach Brenners Abreise von Berlin waren dort einige führende Funktionäre der SAPD verhaftet worden. Brenners Verhaftung erfolgte aufgrund eines Funkspruchs der Berliner Gestapo, ohne dass der Hanoverschen Polizei offenbar nähere Gründe mitgeteilt worden wären.¹⁵

Nach 3½-monatiger Haft wurde Brenner dem Untersuchungsrichter vorgeführt und Haftbefehl gegen ihn erlassen. Insbesondere die Ungewissheit über den weiteren Fortgang seines Verfahrens zerrte an den Nerven, wie sich aus den Briefen an seine Frau Martha, mit der er seit dem 6. August 1932 verheiratet war, entnehmen lässt.¹⁶

Und so schrieb er am 3. Juni 1934 an seine Frau, er habe „noch immer nichts über den Stand der Untersuchung in meiner Sache gehört (...). Es sind nun über 9 Monate schon. Und noch weiß man rein nichts. (...) Wie gerne möchte ich Dir mitteilen, dass endlich eine Änderung in der ganzen Sache eingetreten ist. Aber scheinbar hat man mich ganz vergessen. Ich wollte nichts sagen, wenn ich noch was ausgefressen hätte, wo tatsächlich so eine lange Untersuchung notwendig wäre. Wenn man will, soll man mich wegen des Besuchs der Konferenz bestrafen. Ich bin allerdings der Meinung, dass das kaum möglich ist. Übrigens ist die bis jetzt verbüßte Haft schon Strafe genug. Ich bin aber scheinbar von einem grenzenlosen Pech verfolgt: Erst schon die lange Haft im Polizeigefängnis, die ja eigentlich nicht einmal zulässig ist. Dann dieses Vertrösten von der Polizei, dass ich bestimmt wieder auf freien Fuß kommen würde. Und jetzt wieder dieses warten.“¹⁷

Die bewusst gewählte offene Sprache der Briefe gibt zu der Vermutung Anlass, dass Brenner die Zensur instrumentalisieren wollte, um Einfluss auf den in noch unbestimmter Ferne liegenden Prozess zu nehmen. Drei Wochen später, am 10. Juni 1934, hieß es: „(...) weswe-

12 Vgl. hierzu: Susanne Döscher-Gebauer: Otto Brenner, in: Herbert Obenaus/Wilhelm Sommer (Hg.): Politische Häftlinge im Gerichtsgefängnis Hannover während der Nationalsozialistischen Herrschaft, Hannover 1990, S. 23–27.

13 Otto Brenner an Joseph Lang, Hannover, 12. Februar 1947, in: Grebing: Lehrstücke in Solidarität, S. 146.

14 Otto Brenner an Martha Brenner, 26. April 1934, 16. September 1934, in: Privataarchiv Peter Wald.

15 Vgl. Otto Brenner an Joseph Lang, 12. Februar 1947, a.a.O.

16 Vgl. Otto Brenner an Martha Brenner, 21. Mai 1934 und 10. August 1935, in: Privataarchiv Peter Wald; Orczykowski: Otto Brenner, S. 59.

17 Otto Brenner an Martha Brenner, 3. Juni 1934, in: Privataarchiv Peter Wald.

gen bin ich hier? 10 Monate werde ich nun schon festgehalten. Das ist bis zu einem Jahre nicht mehr weit. (...) Ich bin mir keiner ehrlosen Handlung bewusst. Nun, dass mir meine ehemalige politische Gesinnung als Verbrechen vorgeworfen wird, kränkt mich weiter nicht. Man soll mir aber Gerechtigkeit widerfahren lassen. Und ich habe auch das Vertrauen, dass ich vor Gericht eine gerechte Beurteilung finden werde. Darum ist mein sehnlichster Wunsch, dass es baldmöglichst zum Termin kommt.“¹⁸ Doch es sollte noch bis Mai 1935 dauern, bis Anklage erhoben wurde. Selbstbewusst reflektierte Brenner seine Lage: „Wir haben heute einen Staat, in dem die NSDAP die ausschließliche Totalität in der Legislative, Exekutive und auf allen andren Gebieten beansprucht. Das ist zu verstehen. Aber wenn ein derartiges System demokratische Verhältnisse ablöst, so wird man nicht verlangen können, dass von heute auf morgen sich alles andre in Wohlgefallen auflöst. Ich bin jetzt fast zwei Jahre in Haft. Fast zweieinhalb Jahre sind die Nationalsozialisten an der Regierung. Man muss doch wohl zugeben, dass es kein großes Verbrechen sein kann, wenn man einige Monate weiter nichts tut, als versucht, einigen organisatorischen Zusammenhang zwischen seiner früheren Partei wiederherzustellen. Ich will allerdings zubilligen, dass, wenn dasselbe versucht wird, nachdem die Tendenzen der Entwicklung klar umrissen sind, man die Sache anders betrachten muss. (...) Es ist an und für sich müßig darüber zu philosophieren, was richtig ist. Entscheidend ist doch, dass die Justiz anderer Meinung ist – und sie hat das letzte Wort. Es wird natürlich meine Aufgabe sein, vor Gericht die Motive meiner Handlungsweise klarzulegen. Vor allen Dingen muss ich widerlegen, dass die Annahme der Anklage, grundsätzlich bestände zwischen der SAPD und KPD kein Unterschied, stimmt. Diese Annahme beruht auf vollständiger Unkenntnis des Gedankengutes der SAPD“¹⁹

Der Hochverratsprozess gegen Brenner und 13 weitere Personen, darunter auch Marthas Schwester Grete Werner, fand am 24./25. Juni 1935 vor dem II. Strafsenat des Oberlandesgerichts in Hamm/Westfalen statt. Seine Verurteilung erfolgte „nach der Hindenburg’schen Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.33, und es war nur eine Höchststrafe von 3 Jahren Zuchthaus möglich“, wie er rückblickend schrieb.²⁰ Neun Angeklagte wurden zu Strafen zwischen zwei und drei Jahren Zuchthaus, fünf zu Strafen unter zwei Jahren verurteilt und zwei Angeklagte (darunter Otto Brenners jüngerer Bruder Kurt) frei gesprochen.²¹ Damit blieb das Gericht erheblich unter den Anträgen der Staatsanwaltschaft, die ausnahmslos Zuchthausstrafen zwischen zwei und acht Jahren gefordert hatte. Grete Werner wurde zu einem Jahr und fünf Monaten Gefängnis verurteilt, Otto Brenner zu zwei Jahren. Da ihm, wie allen anderen Angeklagten, die Untersuchungshaft angerechnet wurde, hatte er, bereits seit fast 22 Monaten inhaftiert, nur noch etwa zwei Monate abzusitzen.

Nach der Haftentlassung stand Brenner unter Gestapo- bzw. Polizeiaufsicht, unterlag einem zeitweiligen Beschäftigungsverbot als Elektromonteur und wurde auch mehrmals ver-

18 Otto Brenner an Martha Brenner, 24. Juni 1934, in: Privataarchiv Peter Wald.

19 Otto Brenner an Martha Brenner, 16. Mai 1935, in: Privataarchiv Peter Wald.

20 Vgl. O. Brenner an J. Lang vom 12. Februar 1947. Die „Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am Deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe“ vom 28. Februar 1933 sah in den Paragraphen 5 bzw. 6 eine Höchststrafe von drei Jahren Gefängnis vor.

21 Vgl. Orczykowski: Otto Brenner, S. 72 f.

hört. Es folgten Arbeitslosigkeit, Gelegenheitsarbeiten und mehrfache Erkrankungen, bis der durch die Aufrüstung bedingte Facharbeitermangel Brenner zu einer Anstellung in einer kleinen Montagefirma (Meyer & Biedermann) verhalf. Die Montagearbeit führte ihn „kreuz und quer durch Deutschland“, was ihm „viele Möglichkeiten [gab], Verbindungen aufzunehmen“, und vor allem aus dem Blickfeld der Hannoverschen Gestapo zu kommen.²²

Brenner blieb, obwohl weiter im antifaschistischen Widerstand stehend, von weiteren Verhaftungen verschont.²³ In den Briefen an Martha, die im Sommer 1944 zusammen mit der 1942 geborenen Tochter Heike nach Morungen evakuiert wurde, schilderte Brenner detailliert seine Lebenssituation unter den Bedingungen des ständigen Luftalarms und der Bombardements, die 65 Prozent Hannovers zerstörten. Am Neujahrstag 1945 beschrieb er seine „bescheidenen Neujahrswünsche“: „Ich will hoffen, dass das kommende Jahr uns den Frieden bringt. Aber was heißt schon Frieden? Wir können uns zunächst nur das Kriegsende wünschen: denn wahrhaften Frieden wird es im Kapitalismus für uns nicht geben. Die Hauptsache ist, wir bleiben gesund und überstehen alles. Bis jetzt haben wir großes Glück gehabt und es hat immer noch alles so geklappt, wie wir es uns gedacht haben. Ich möchte, dass wir drei uns noch ein Leben aufbauen können nach unserem Geschmack.“²⁴ Die Befreiung durch die alliierten Truppen erlebte er am 10. April 1945 in Hannover.

Politisches Selbstverständnis

Nach Ansicht unterschiedlicher Beobachter verkörperte Otto Brenner „mehr als irgendein anderer deutscher Gewerkschaftsführer jene Generation, die – ein Bindeglied zwischen den Alten der Weimarer Zeit und den nach 1945 herangewachsenen Jüngeren – die Brücke über den Abgrund der faschistischen Herrschaft geschlagen und die besten Überlieferungen der deutschen Arbeiterbewegung in die Gegenwart hinübergerettet hat.“²⁵ Danach bestand die besondere Rolle Brenners darin, „auf ganz spezifische, konkrete und bemerkenswerte Art und Weise zu vermitteln. Zwischen den Überlieferungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auch der Zeit vor 1945 beziehungsweise vor 1933 und den neuen Anforderungen der Nachkriegsentwicklung ab 1945.“²⁶

22 Vgl.: O. Brenner an J. Lang vom 12. Februar 1947; siehe auch: Eduard Wald: Das Porträt Otto Brenner, 7. August 1956, in: AdSD, Bonn, 5/IGMA45071001; Tabellarischer Lebenslauf Otto Brenners, o. O. u. D., in: ebd.; Kandidaten-Fragebogen O. Brenners [für die Kommunalwahlen am 9. November 1952 in Hannover; zugesandt am 9. Oktober 1952 durch den SPD Ortsverein Hannover, Aug. Holweg], in: ebd.

23 Vor einer Verhaftung nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 bewahrte den „von der Gestapo registrierten Antifaschisten“ wohl nur die persönliche Bürgschaft seines Chefs. (Vgl. O. Brenner an J. Lang vom 12. Februar 1947, a.a.O.; Orczykowski: Otto Brenner, S. 76f.)

24 Otto Brenner an Martha Brenner, 1. Januar 1945, in: Privatarchiv Peter Wald.

25 Peter von Oertzen: Zwischen Tradition und Modernisierung. Otto Brenner und die moderne Gewerkschaftsbewegung, in: Visionen lohnen. Politisch-wissenschaftlicher Kongreß der Otto Brenner-Stiftung und Festveranstaltung der IG Metall zu Ehren Otto Brenners in Hannover, 6.–8. November 1997, Frankfurt a. M. 1997, S. 95–122, insb. S. 95f.

26 Ebd.

Einer seiner zeitweiligen Vertrauten, sein Schwager Eduard („Edu“) Wald,²⁷ charakterisierte Brenners Auftreten während der NS-Diktatur: „Er gehörte zu denen, die gegen den Stachel löckten, die nicht schwiegen und sich nicht duckten, die gegen die ‚Niederlagenstrategie‘, wie sie sie empfanden und verstanden, opponierten. Er und seine Freunde zögerten auch nicht, solidarisch für alle einzutreten, die ungerecht behandelt, gemäßregelt wurden, auch wenn eine Meinungsübereinstimmung mit ihnen nicht vorhanden war.“²⁸

Relevanz erhält diese Deutung, wenn man einen weiteren Blick auf die bereits erwähnten „Gefängnisbriefe“ Brenners wirft. In mehreren Briefen finden sich Hinweise auf sein Politikverständnis, die trotz Gefängniszensur eine fundamentale, wohl begründete Kapitalismuskritik, ein humanistisches Menschenbild, ein klares Bekenntnis zum Sozialismus und eine ablehnende Haltung gegenüber dem Krieg beinhalten. Sie spiegeln Positionen wider, die von Paul Levi und anderen Linkssozialisten, namentlich in der SAPD, vertreten wurden, und sie spiegeln das hohe Niveau wider, auf dem sich ein Autodidakt wie Brenner, der später auch zum begehrten Gesprächspartner der Großbourgeoisie, namentlich von Berthold Beitz, werden sollte, zu artikulieren verstand. Im Grunde finden sich hier Einstellungsmuster, die sein Handeln als späteren IG Metall-Vorsitzenden prägten:

„Heute (1935, die Verf.) spricht die ganze Welt schon wieder vom Krieg, als ob es die selbstverständlichste Sache sei. Dabei sind die Wunden, die der letzte Weltkrieg uns schlug, noch nicht einmal vernarbt. Denn schließlich ist doch die Wirtschaftskrise eine Folge des Krieges. Wer wollte bestreiten, dass Inflation, Arbeitslosigkeit, Not und Elend nicht Nachwirkungen der aus den Angeln geworfenen Welt durch den Krieg sind? Gewiss muss es in der kapitalistischen Wirtschaft Krisen geben. Sie gehören sogar dazu. Sie entstehen zunächst durch die Anhäufung von Waren, die durch die geringe Kaufkraft der Arbeiterschaft keinen Absatz finden. Das ist ja gerade das Paradoxe, wir hungern nicht darum, weil keine Waren da sind, sondern weil zu viel Waren da sind. Es kommt nun darauf an, wie man die Krise beseitigen will. Es gibt Kreise, die spielen mit dem Gedanken eines neuen Krieges. Für sie bedeutet Krieg ein Geschäft. Was der Krieg für die sonstige Menschheit bedeutet, macht diesen Leuten keine Skrupel.“²⁹

Nach dieser Kapitalismusanalyse skizzierte Brenner die Auswirkungen auf die Arbeiterklasse und auf sein eigenes Leben, um sodann das Fernziel der sozialistischen Arbeiterbewegung anzudeuten:

„So war unser ganzes Leben, bis jetzt, angefüllt mit Sorgen um das Beschaffen des täglichen Brotes. Wird es einmal anders sein? – Um Freude genießen zu können, muss man

27 Zur Person Walds und die spezifischen familiären und politischen Verhältnisse während des Zweiten Weltkrieges vgl. insbesondere: Peter Wald: Nachrichten von Vater und Mutter. Eine Jugend im Zwiespalt 1936 bis 1948, Oldenburg 2003.

28 Wald: Porträt.

29 Otto Brenner an Martha Brenner, 4. April 1935, in: Privatarchiv Peter Wald.

zunächst dieser Sorge enthoben sein. Die soziale Frage muss gelöst sein. Wir verlangen nicht mehr, als einen auskömmlichen Lohn. Aber wir wünschen auch nicht, dass andre sich auf unsre Kosten mästen. (...) Nicht der Einzelne an sich gilt etwas, sondern der Einzelne in der Gemeinschaft. Was er für die Gemeinschaft leistet, schafft ihm erst das Ansehen. Unser Ziel ist darum ein Menschheitsideal!“³⁰

Interessant ist auch die Ideologiekritik, die Brenner am (neo-)liberalen Menschenbild übte: „Was nutzen mir alle Pläne im Leben, was nutzt persönliche Intelligenz, was nutzen alle guten Anlagen, wenn das Primäre, die wirtschaftliche Grundlage, fehlt? Nun könnte man geneigt sein zu sagen, es liegt ja an dir selber, durch Arbeit dir die Lebensexistenz zu erarbeiten. Was nutzt aber wieder der Arbeitswille, wenn man keine Arbeit bekommt?“³¹ Brenner kam zu dem Schluss, dass die dem Kapitalismus immanente Krisenhaftigkeit und ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes nur durch die dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie inhärente Mitbestimmung der Arbeitnehmer/innen bzw. eine expansive Lohnpolitik, die nachhaltig den Lebensstandard der Werktätigen hebe, gebändigt werden könne. Mit der dem System innewohnenden Ungerechtigkeit, die auf ungleichen Besitzverhältnissen und ungleichen Teilhabechancen beruht, müsse Schluss gemacht werden. Fernziel bleibt, à la longue den Kapitalismus durch eine andere Wirtschaftsordnung zu ersetzen. Damit sind Grundpositionen benannt, die sich in der Brenner-Ära der Nachkriegszeit wieder finden.³²

30 Ebd.

31 Otto Brenner an Martha Brenner, 9. Mai 1935, in: Privatarchiv Peter Wald.

32 Ebd.: „Ich glaube nicht, dass, solange wir die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung haben, wir jemals der Sorge um das tägliche Brot enthoben werden. Selbst angenommen, es gelingt der jetzigen Regierung, durch das Anhalten der Staatskonjunktur die Arbeitslosenarmee auf ein Minimum zu reduzieren, so steht zu befürchten, dass dann das Lohnniveau derartig ist, dass dadurch eine wesentliche Hebung des Lebensstandards des Arbeiters nicht erfolgt. Die Krise ist meiner Meinung nach nur dadurch zu überwinden, dass die Kaufkraft der breiten Arbeiterschichten gehoben wird. Und das ist in erster Linie eine Lohn- und Gehaltsfrage. Sozialismus ohne sozialistische Wirtschaftsweise ist nicht denkbar. So müssen alle noch so gut gemeinten Pläne scheitern, die an dieser Hauptkenntnis vorbeigehen. Dadurch, daß wir in diese Welt hineingeboren sind, haben wir auch ein Recht mitteilzuhaben an allem, was die Erde dem Menschen bietet. Es ist nicht einzusehen, warum einige wenige durch ihre Skrupellosigkeit und stärkeren Ellenbogen die alleinigen Nutznießer sein sollen. Solange es Menschen gibt, die von der Not ihrer Mitmenschen leben, muß jeder konsequente Gemeinschaftsgedanke eine Phrase bleiben. Woher nehmen die Menschen, die in Villen wohnen können, die überhaupt keine wirtschaftliche Not kennen, das Recht hierzu, wenn auf der andern Seite Menschen in Höhlen hausen müssen, ja wenn es Menschen gibt, die noch nicht einmal das Notwendigste zum Leben haben? Man kann doch nicht etwa sagen, dass dies Schicksal sei. Wenn Reich und Arm Schicksal ist, dann ist der Kampf zwischen Reich und Arm auch Schicksal. Damit erhält der Kampf um bessere Lebensbedingungen seine eigentliche Berechtigung.“

Neuanfang 1945

Die bedingungslose Kapitulation des NS-Regimes markierte für die Deutschen eine schärfere Zäsur als das Kriegsende von 1918 und den dies begleitenden Übergang von der kaiserlichen Monarchie zur präsidentialen Demokratie. „Wenn der Krieg Deutschland zu einem einzigen Trümmerfeld gemacht hat“, notierte der Journalist Hans Arnold Plöhn 1946, „die Begriffe von Hab und Gut, Heim und Herd aufgelöst, die Struktur der Wirtschaft erschüttert hat, so konnte die soziale Schichtung der Gesellschaft davon nicht unberührt bleiben.“³³ Und, so möchte man hinzufügen, es hatte Auswirkungen auf die kollektive Psyche bzw., wie noch zu zeigen sein wird, auf das kollektive Gedächtnis.

Es war einerseits eine „Stunde Null“, die einen demokratischen Neuanfang verhiieß.³⁴ Es war andererseits eine Zeit sozialdarwinistischer Lebensumstände, eingebunden in ein Umfeld des persönlichen Überlebensdrangs, grassierender Korruption, privatem Egoismus und vorhandener Solidargemeinschaften. Bevorzugt waren Geld- und Warenbesitzer, die sich neu formierende Arbeiterklasse dagegen unterprivilegiert. Wehler kommt gar zu dem Schluss, dass zwei Jahre nach Kriegsende „die Zusammenbruchsgesellschaft sich am Rande anarchischer Zustände bewegte.“³⁵

Auf den Trümmern der anarchischen Zusammenbruchsgesellschaft neu beginnen: In Hannover gehörte Brenner zu denen, die – wie in ganz Deutschland – versuchten, mit spontan gebildeten „Wiederaufbauausschüssen“ und „Antifa-Komitees“ die Keimzellen für die Wiedergründung der Arbeiterbewegung zu bilden. Wichtiger aber waren zunächst die Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten und die Bewältigung der Alltagsnot. Rasch gründeten ehemalige SAPD- und ISK-Mitglieder in Hannover eine „Arbeitsgemeinschaft zur Bildung der sozialistischen Einheit“, die am 18. August 1945 einen Aufruf veröffentlichte. Zunächst glaubten sie, insbesondere aufgrund der auch ihrer Spaltung geschuldeten Niederlage von vor 12 Jahren, nun endlich die Einheit der Arbeiterbewegung schaffen zu können. Doch zum einen vollzog sich, auch unter direkter Einflussnahme der vier Besatzungsmächte, schließlich eine Restauration der Parteienstruktur der Weimarer Republik, zum anderen stießen die Einheitsbestrebungen auf die gleiche Ablehnung der Führungen der beiden großen Arbeiterparteien – KPD und SPD – wie vor 1933.

Somit stand auch Brenner wieder vor dem gleichen Dilemma wie vor der Machtübertragung an die NSDAP: Entweder entschied er sich für eine der beiden großen Parteien oder aber er trug zur Gründung einer dritten Arbeiterpartei bei, die zur Mittlerin der späteren Einheit werden oder scheitern konnte. Es zeugt von Brenners Autorität, dass er zusammen mit Willi Eichler (ISK) die Verhandlungen mit der SPD führte.³⁶ Dabei ging es den SAPD-

33 Zitiert nach Nolte: *Ordnung*, S. 208.

34 Uta Gerhardt: *Soziologie der Stunde Null. Zur Gesellschaftskonzeption des amerikanischen Besatzungsregimes in Deutschland 1944–1945/46*, Frankfurt a. M. 2005.

35 Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4: *Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949*, München 2003, S. 954.

36 Einige atmosphärische Bemerkungen über das Umfeld inmitten der Trümmerlandschaft Hannovers, in denen die Verhandlungen unter anderem zwischen Brenner und Kurt Schumacher von der SPD stattfanden, finden sich bei: Wald: *Nachrichten*, S. 157–162.

Vertretern darum, eine gewisse Eigenständigkeit innerhalb der SPD aufrecht zu erhalten, was ihnen auch mit dem „Marxistischen Arbeitskreis“ zugestanden wurde, der unter Brenners Leitung eine bedeutsame Funktion bei der marxistischen Schulung der sozialdemokratischen Funktionäre erlangen sollte.

Am 5. September 1945 verkündete die „Arbeitsgemeinschaft zur Bildung der sozialistischen Einheit“ in einem Rundbrief an die Mitglieder der SAPD und des ISK ihren Anschluss an die SPD. Brenner hatte damit eine Vorreiterrolle eingenommen, denn fast überall vollzogen nunmehr die Mitglieder der SAPD ihren Eintritt in die SPD – unter anderem auch Willy Brandt, August Enderle sowie Paul und Rosi Frölich (Wolfstein). Innerhalb der SPD setzte sich Brenner zunächst noch für eine Einheitspartei der Arbeiterbewegung ein.³⁷

Cum grano salis war die durch die politische Polarisierung und den Kalten Krieg beschleunigte Rückkehr in die SPD für Brenner jedoch nicht so bedeutsam wie der Aufbau der Gewerkschaften. Wichtiger erschien es ihm und seinem Schwager Edu Wald, „die Gewerkschaften überall, wo wieder produziert wird, auf die Beine zu bringen. Von Anfang an müssten die Arbeiter, die in Betriebe zurückkehren könnten, Unterstützung auf dem Weg zu besseren Lebensbedingungen erhalten; sie müssten spüren, dass sie nicht allein für den fast wertlosen Lohn, sondern für den Wiederaufbau einer neuen Wirtschaft und Gesellschaft arbeiteten.“³⁸ Anklänge an die in den Gefängnisbriefen geäußerten Gedanken sind unverkennbar.

Gegen die restaurativen Kräfte

Ein Referatskonzept von 1953, verfasst etwa kurz nach der Wahl zum Bundestag, liefert einige Hinweise über Brenners politische Einschätzungen. Brenner, inzwischen vom hauptamtlichen Bezirksleiter der IG Metall Hannover zum Mitvorsitzenden der IG Metall aufgestiegen, skizziert darin die Entwicklung nach 1945. Darin stecken implizit einige Hinweise, die sein Denken und Handeln beeinflusst haben dürften: die Schwierigkeiten beim gewerkschaftlichen Wiederaufbau, Anzeichen der gesellschaftlichen und politischen Restauration, hierarchische Entscheidungsfindungsprozesse bei den Gewerkschaften, Einheitsgewerkschaft:

„Immerhin 12 Jahre. – Nicht einmal die Zeit einer Generation und trotzdem haben es die Nazis verstanden, die Arbeiterbewegung restlos in ihrem organisatorischen Zusammenhalt zu vernichten. (...)“

Merkmal der Situation nach 1945: „Ausbleiben einer sozialen Revolution, obwohl objektive Voraussetzungen gegeben, fehlten die subjektiven. Objektiv = Zusammenbruch eines Systems. Subjektiv = Kraft einer organisierten Arbeiterbewegung mit revolutionärer Zielsetzung. *Totale Vernichtung!* Gewerkschaften entwickelten sich nicht *nur* aus eigener Initiative,

37 Vgl. Drechsler: SAPD, S. 358–360.

38 Wald: Nachrichten, S. 160 f.

nach eigenem Wollen. Anstoß erfolgte zunächst durch die Zulassung von Betriebsräten (Sprechern). – Also bevor eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden und zugelassen war (Lizensierung), waren die Betriebsräte da. Starke Nachwirkungen auch heute noch. – Syndikalistische Bestrebungen. Trennung von Betriebsräten und Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben oftmals die Beeinflussung der Betriebsräte in ihrem eigenen gewerkschaftlichen Sinne vernachlässigt.

Weiteres Symptom dieser Zeit: Die Organisation entstand nicht von unten nach oben, sondern von oben nach unten, d.h. es waren zunächst die Spitzenfunktionäre da, die von sich aus dann später nach erfolgter Genehmigung durch die Militärregierung die Mitglieder organisierten.

Die Einheitsgewerkschaft: Konfessions- und parteipolitisch neutral! Die verschiedensten Organisationsformen in den vier Besatzungszonen. *Buntscheckiges Bild bizarrer Organisationsformen.*³⁹

Doch noch ein weiterer Aspekt seines Vortragskonzepts verdient, hervorgehoben zu werden. Es geht um das Wiederaufleben nationalsozialistischer und antisemitischer Praktiken – von den mentalen und bewusstseinsmäßigen Kontinuitäten in der deutschen Nachkriegsgesellschaft ganz zu schweigen: „Nachwirkungen der nazistischen Ideologie (Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg, Ereignisse um Veit Harlan, Vertrag mit Israel, neue neo-faschistische Bestrebungen (...), Flaggenkandale, Grabschändungen, Peine, Ossietzkystraße, Sedanstraße.“⁴⁰

„Der Nationalsozialismus lebt nach.“ Dieser problematischen Diagnose, die Theodor W. Adorno 1959 aufstellte, stand zehn Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland keine adäquate Therapie gegenüber. Im Gegenteil, der gesellschaftspolitische Konsens der Bundesrepublik in den fünfziger und sechziger Jahren basierte – neben dem primär ökonomisch induzierten Wiederaufbau und dem durch den Ost-West-Konflikt intensivierten Antikommunismus – auf einer sich entwickelnden „Vergangenheitspolitik“, die defensiv mit den strukturellen Problemen der NS-Vergangenheit umging.⁴¹ Brenner konnte dies nahezu täglich verifizieren. Heikle Themen wie die von den Alliierten geforderte Entnazifizierung oder Wiedergutmachung, der aufkeimende Rechtsextremismus und Antisemitismus oder eine umfassende Bewertung des NS-Widerstandes wurden von verschiedenster Seite konterkariert oder nur zaghaft angegangen. Neben dem Eigeninteresse vieler NS-Mitläufer oder –Täter ging es auch darum, die kollektiven Gefühle der Bevölkerung, von der ein nicht unerheblicher Teil in die Verbrechen des NS-Regimes direkt oder indirekt verstrickt war, nicht zu verletzen.

Bekanntlich kam es beim Übergang vom „Dritten Reich“ zur Bundesrepublik Deutschland zu keiner nennenswerten Elitenzirkulation.⁴² Der von der politischen Linken erhobene

39 Vgl. 5/IGMA 45072121 (AdsD), NL Otto Brenner/Reden, Aufsätze, Kommentare 1946–1953.

40 Ebd.

41 Norbert Frei: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, 2. Aufl., München 1997.

42 Insbesondere die Straffreiheitsgesetze von 1949 und 1954 begünstigten die Rehabilitierung bzw. die berufliche Wiedereingliederung vieler NS-Funktionäre in Staat und Gesellschaft. Vgl. dazu ebd., S. 25–132.

Vorwurf der „Restauration“ bezog sich auf das Fortbestehen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der vielfach anzutreffenden personellen Kontinuität in Staat und Gesellschaft. Ein Großteil der Funktionseliten verspürte keine Neigung, sich kritisch mit der eigenen Vergangenheit auseinander zu setzen. Festmachen lässt sich das auch an der zaghaften juristischen Aufarbeitung der NS-Verbrechen.

In Verteidigung der Demokratie

Wie gingen vor diesem Hintergrund beispielsweise die deutschen Gewerkschaften, deren Mitglieder von den NS-Strafverfolgungsbehörden unterdrückt und inhaftiert wurden, mit jener „Vergangenheitspolitik“ um? Ähnlich wie innerhalb der deutschen Nachkriegsgesellschaft gab es auch beim DGB und seinen Mitgliedern latente und manifeste Verdrängungsmechanismen. Eine themenspezifische Spurensuche rekonstruiert die „Tabuisierung bestimmter Erinnerungen“ seitens des DGB, die sich in „Muster von Abwehr, Verdrängung oder Neudefinition von Vergangenheit aufspalten“ lassen.⁴³ Die Ambivalenz der gewerkschaftlichen Deutung der Entnazifizierung etwa manifestiert sich in dem weitverbreiteten Spruch: „Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen.“ Zwar wurden seitens des DGB „Persilscheine“ für NS-Größen oder Sympathisanten wie Alfred Hugenberg oder auch nationalsozialistische Kontinuitäten in den Machtapparaten der frühen Bundesrepublik angeprangert. Doch das von der DGB-Presse aufgegriffene Bild einer tendenziell antinazistischen deutschen Bevölkerung und der gesellschaftliche Unmut über umfangreiche „Säuberungen“ sorgten dafür, dass die Forderung nach einer schnellen Beendigung der Entnazifizierungsmaßnahmen rasch Oberhand gewann.⁴⁴ Weitere Beispiele ließen sich anführen, können hier aber nicht weiterverfolgt werden.

Wesentlich offensiver als ein Teil der Gewerkschaftsführungen agierte Brenner. Jenseits des psychologisierenden Untertons und der pejorativen Wertung, die Brenners umstrittener Biograph anschlägt, spricht einiges für die Annahme, dass Brenner die NS-Jahre als existenzielle Herausforderung begriff und von daher wesentlich eindringlicher der Devise „Wehret den Anfängen“ nachkam: „Für ein ganzes Jahrzehnt lag die Angst über seinem Leben, in der Gefängnis- und Lagerwelt des NS-Staates zu verderben. Das hatte für die Zukunft Folgen. Die Furcht vor der Wiederkehr, der Widerstand gegen die Anzeichen der Wiederkehr – auch die vermeintlichen – bestimmten seine Urteile über die zweite Republik.“⁴⁵

Anders als viele Zeitgenossen hatte Brenner die strukturellen Voraussetzungen erkannt, die den Faschismus ermöglichten und ermöglichen: „Die gesellschaftlichen Wurzeln, aus

43 Thomas Köcher: „Aus der Vergangenheit lernen – für die Zukunft arbeiten!“ Die Auseinandersetzung des DGB mit dem Nationalsozialismus in den 50er und 60er Jahren, Diss., Münster 2004, S. 11.

44 Ebd., S. 50 ff.

45 Kalbitz: Otto Brenner, S. 32. Zur Kritik an Kalbitz umstrittenem Buch vgl. Joachim Bischoff: Vorarbeiten einer ungeschriebenen Geschichte. Zur neuen Biographie über Otto Brenner, in: Sozialismus 3 (2002), S. 26–28; vgl. auch Werner Thönnessen: Äußerst selektive Wahrnehmung, in: ebd., S. 28; vgl. auch Jakob Moneta: „Die Ära Otto Brenner in der IG Metall“ im Zerrbild von R. Kalbitz, in: Marxistische Blätter 5/2002, S. 97–101.

denen die nationalsozialistische Bewegung mit all ihren Exzessen, einschließlich des antisemitischen Wahnsinns, hervorgegangen ist, liegen tiefer: nämlich in einer kapitalistischen Gesellschaft, die ihre Probleme mit Hilfe der Demokratie nicht mehr lösen kann.“⁴⁶

Neben Brenner stellten auch andere Zeitgenossen einen Zusammenhang zwischen den „Überbauphänomenen“ Demokratie und Faschismus und deren gemeinsamer ökonomischer Basis, den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, her: „Dass der Faschismus nachlebt; dass die vielzitierte Aufarbeitung der Vergangenheit bis heute nicht gelang und zu ihrem Zerrbild, dem leeren und kalten Vergessen, ausartete, rührt daher, dass die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen fortbestehen, die den Faschismus zeitigten.“ Und, fügte Adorno hinzu, der Faschismus „kann nicht wesentlich aus subjektiven Dispositionen abgeleitet werden.“⁴⁷

Beide Persönlichkeiten, der aus der Arbeiterbewegung kommende Widerstandskämpfer (Brenner) auf der einen, der einem unorthodoxen Marxismus verpflichtete jüdische Remigrant (Adorno) auf der anderen Seite, sollten einmal gemeinsam auf der politischen Bühne stehen: 1966, als der Kampf gegen die Notstandsgesetze der Großen Koalition seinen Höhepunkt überschritten hatte, kam es zu einem Gedankenaustausch und der gemeinsamen Teilnahme an einer von der IG Metall organisierten Anti-Notstandsgesetzgebungsveranstaltung in den Räumen des Hessischen Rundfunks.⁴⁸

Den Gewerkschaften dient die Demokratie als *Conditio sine qua non* zur Regulierung antagonistischer Interessen. Die Notstandsgesetze wurden insbesondere von Metallern wie Brenner und seinen engen Mitarbeitern, Fritz Opel und Werner Thönnessen, oder dem in dieser Frage besonders engagierten IG Metall-Vorstandsmitglied Georg Benz als potenzieller Rückfall in einen vordemokratischen Zustand gedeutet.⁴⁹ Mehrfach verwies Brenner in diesem Zusammenhang auf die Erfahrungen von 1933. Die von SPD, vor allem aber von der CDU erwogene Notstandsgesetzgebung erschien ihm und vielen anderen Gewerkschaftern bedrohlich, sahen sie doch darin ein potenzielles Abgleiten von der Demokratie in die Diktatur. Auch wenn Brenner später die Ankündigung, „vor der Anwendung des politischen Streikes nicht zurück(zu)schrecken, wenn es gilt, die Demokratie zu verteidigen“, wieder relativierte, wird deutlich, wie tief das Trauma der nationalsozialistischen Diktatur nachwirkte und wie konsequent Brenner und mit ihm viele Mitstreiter aus der IG Metall und anderen Gewerkschaften den Anfängen wehren wollten.⁵⁰ Dafür lohne es sich, so Brenner, wie im Falle des Kapp-Putsches 1920, den Generalstreik durchzuführen.⁵¹ Brenner kritisierte

46 Otto Brenner: *Demokratie und Diktatur*, S. 45.

47 Adorno: *Aufarbeitung der Vergangenheit*, S. 566.

48 Vgl. dazu das Interview von Jens Becker mit Werner Thönnessen am 5.7.2003 in *Cuvat*, S. 53 (Privatarchiv Jens Becker).

49 Vgl. Thönnessen: *Mein Tor*, S. 104f.

50 So Otto Brenner auf dem 5. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall 1958 in Nürnberg. Zitiert nach Michael Schneider, *Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze*, Bonn 1986, S. 74. Wie Schneider in seiner vorzüglichen Studie des Weiteren belegt, war die IG Metall hinsichtlich ihrer konsequenten Kritik an den Notstandsgesetzen keineswegs isoliert.

51 Ebd., S. 75. Vgl. auch Otto Brenner: *Demokratie und Diktatur*, S. 53ff.

daher die unklaren Prämissen, von denen die Ausrufung des „Notstandes“ oder „Notdienstes“ abhängig gemacht wurden. Faktisch waren (und sind) die gewerkschaftlichen Rechte und die individuellen Grundrechte in Gefahr, wenn unpräzise Gesetzesformulierungen der Exekutive die willkürliche Definition eines „Notstandes“ ermöglichen.⁵² Evident wird, wie sensibel Brenner auf Gefahren für die Demokratie reagierte und wie stark sein politisches und gewerkschaftspolitisches Selbstverständnis, sein bisweilen unermüdliches Engagement für die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, durch die „in der Vergangenheit gemachten trüben Erfahrungen“ mit dem NS-Regime geprägt war.⁵³

Zu den Ambivalenzen moderner Gesellschaften gehören der gesellschaftliche und technische Fortschritt und die ihm inhärente Möglichkeit des Rückfalls in die Barbarei.⁵⁴ Die folgenden Sätze belegen, dass Brenner ein faschistisches Potenzial in der Bundesrepublik vermutete, das sich durch die institutionelle Vernachlässigung noch vermehren könnte: „Die Behandlung der gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus ist völlig unzureichend. Die Gräueltaten der Konzentrationslager werden vielfach verharmlost, die Naziideologie wird gar nicht oder nur unzulänglich dargestellt oder erklärt. Ein unverhältnismäßig großer Teil der Schulbuchseiten, die sich überhaupt mit dem Dritten Reich beschäftigen, behandelt vorwiegend die Kriegereignisse. Man muss wirklich befürchten, dass unsere Jugend durch einen Geschichtsunterricht nach derartigen Lehrbüchern nicht in den Stand gesetzt wird, die deutsche Vergangenheit zu begreifen und zu überwinden.“⁵⁵

Mit dieser – inzwischen in der neueren Forschung unstrittigen – Charakterisierung des gesellschaftspolitischen Klimas und der daraus ableitbaren Machtverhältnisse, welche die ausgehende Adenauer-Ära prägten, befand sich Brenner auch innerhalb des DGB in einer Minderheitenposition. Zu groß war der Widerwille, sich grundlegend mit der zwölfjährigen Terrorherrschaft des Nationalsozialismus zu beschäftigen, zu groß war in weiten Teilen der Bevölkerung – auch bei Arbeitnehmer/innen – die spürbare Ablehnung einer radikalen Entnazifizierung und einer Auseinandersetzung mit der Kollektivschuldthese. Dies sollte sich erst mit der aufkommenden Studentenbewegung ändern, die unter anderem gegen die in ihren Augen unbewältigte Vergangenheit protestierte. Es ist daher im Nachhinein auch nicht verwunderlich, dass die IG Metall bzw. einzelne Funktionäre, unter wohlwollender Duldung ihres Vorsitzenden, den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) unterstütz-

52 Gemeint ist die „Verschwommenheit“ der Formulierungen in den Entwürfen, wann ein Verteidigungsfall vorliegt, was Feindseligkeiten einer fremden Macht gegen die Bundesrepublik Deutschland oder die Feststellung einer „drohenden Gefahr“ seitens der Bundesregierung konkret bedeuten. Schließlich könne dann das Koalitions- und Streikrecht außer Kraft gesetzt werden. Das bedeutet für die Gewerkschaften: „Es geht ihnen dabei ganz besonders um den Grundsatz, d. h. um die unbedingte Erhaltung unserer demokratischen Rechtsstaatlichkeit – und zwar gerade im Hinblick auf die in der Vergangenheit gemachten trüben Erfahrungen. Demgegenüber bedeutet es keine Garantie, wenn der Bundeskanzler (...) erklär[t], dass eine Unterbindung des Streikrechts und ein Eingriff in soziale Kämpfe niemals Zweck des Notdienstgesetzes sei,“ so Otto Brenner: Notstand, in: ders.: Aus Reden und Aufsätzen, Frankfurt a. M. 1972, S. 58.

53 Ebd.

54 Zygmunt Baumann: *Moderne und Ambivalenz*, Hamburg 1992, Neuauflage Hamburg 2005.

55 Brenner, *Demokratie und Diktatur*, S. 45.

ten, der sich zur Avantgarde bei der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft zählte. Die spezifische Dualität von politischem Selbstverständnis und persönlicher Glaubwürdigkeit machte Brenner zum Vorbild einer Vielzahl auch jüngerer Gewerkschafter und kritischer Intellektueller. Deutlich wird, dass Brenner seine NS-Erfahrungen zu objektivieren suchte. Als historisch denkender Mensch befürchtete er nicht etwa eine Wiederkehr des Nationalsozialismus in Reinkultur, wohl aber die Deformierung oder Destruierung der Demokratie durch die Kombination politischer Fehlentscheidungen, ökonomischer Krisen und sozialpsychologischer Verunsicherungen. Der anhaltende Kalte Krieg und das restaurative gesellschaftspolitische Klima der fünfziger und sechziger Jahre bestärkten ihn in seiner Auffassung, die deutsche Arbeiterbewegung dürfe eine rechte oder linke Diktatur nicht zulassen und müsse aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, in dem sie und die ganze Gesellschaft diese aufarbeite.